

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 15

07. bis 13.04.2025

Ein Landtag voller Bekenntnisse

Der Landtag erneuerte gestern einstimmig den Tiroler Anti-Transit-Kurs. Nicht, ohne sich zuvor ordentlich ob der Bundes-Verkehrsziele in den Haaren zu liegen. Der Trentiner Antrag erzürnt.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Für kurze Zeit zählte der Tiroler Landtag gestern 37 statt 36 Mitglieder. Erste Reihe fußfrei und für kurze Zeit sogar am Rednerpult verweilend, hatte eine lächelnde, überdimensionale Karotte neben den MandatarInnen Platz genommen. Eine aus Plüsch. Mitgebracht hatte sie Grünen-Klubobmann Gebi Mair. In einem Anflug von Aktionismus. Der scheint im Landtag in Mode zu kommen. Zuletzt hob Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint eine Baustellen-Warnlampe im Plenarsaal kameragerecht in die Höhe.

Mit dem Spielzeug-Gemüse hält Mair der schwarz-roten Landesregierung vor, die TirolerInnen erneut beim Verkehr an der Nase herumzuführen. Denn in der gestrigen „Aktuellen Stunde“ wollte die SP über das Verkehrskapitel der neuen Bundesregierung und die darin enthaltenen Tiroler Erfolge debattiert wissen. Hernach rief FP-Chef Markus Abwerzger per Dringlichkeitsantrag zum neuerli-



Einst Lebensader, nunmehr Symbol des ungebremsten und ungelösten Transit-Dilemmas: die Europabrücke. Foto: Falk

chen Anti-Transit-Schulterchluss auf. Erneut hatte der Transit den Landtag wieder einmal in seinem Würgegriff.

Für Mair lenkten VP und SP mit Blick zum Bund lediglich von ihren Verkehrsversäumnissen in Tirol ab. Weder sei Slot (digitales Verkehrsmanagementsystem) umgesetzt noch sonstige Entlastungsmaßnahmen zu spüren. Dass nun Landeshauptmann Anton Mattle (VP) das Immissionsschutzgesetz-Luft zum „Immissionsschutzgesetz-Lärm“ ummodellieren wolle und NEOS-Chefin Birgit Obermüller in der pinken Bundesregierungsbeteiligung das Ende des Dieselpatents bereits als gesetzte verkaufte – dem wollte die Opposition erwartungsgemäß keinen rechten Glauben schenken. Moniert wurde, dass das Bundes-Koalitionsprogramm mit zu vielen „Bekenntnissen“ und zu wenig Konkretem geschmückt worden sei.

Mattle will „IG-Lärm“

Mattle blieb jedoch dabei. Das Verkehrskapitel der Dreierkoalition in Wien sei aus Tiroler Sicht ein vielversprechendes. Die Bundesregierung sei gefordert – man werde sie an den Zusagen zu Slot, aber auch im Kampf ge-

gen die Transit-Klage Italiens messen. Und ja, es sei an der Zeit, die bis dato größtenteils auf dem IG-Luft gesetzlich basierenden Lkw-Fahrverbote um eine Lärm-Komponente zu erweitern, so Mattle. Dass nun das Lkw-Nachtfahrverbot auch seitens der Eure-

gio ausgehöhlt werden soll, schmettete Mattle ab: „Lassen wir uns nicht von Zureufen aus dem Trentino auseinanderdividieren.“

Doch der Trentiner Antrag für den Dreierlandtag (Tirol, Südtirol, Trentino) im Juni erzürnte viele Abgeordnete in Tirol. Wie exklusiv berichtet, fordern die Trentiner das Aussetzen des Lkw-Nachtfahrverbots bis zum Ende der Lueg-Baustelle (2030). Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) hielt das für fatal: „Wer das Nachtfahrverbot angreift, kann auch den Luft-100er gleich schmeißen.“ Denn nahezu sämtliche Schwerverkehrsmaßnahmen in Tirol fußen auf dem IG-Luft. VP-Klubobmann Jakob Wolf ging nicht nur mit den Trentinern, sondern auch den Verbotskritikern in den VP-Reihen hart ins Gericht: „Das sind lobbyistische Forderungen, denen wir eine klare Absage erteilen.“ Den Antrag im Dreierlandtag werde man ablehnen – so oder so.

Letztlich ging die Landtags-sitzung versöhnlich zu Ende: mit einem einstimmigen Beschluss des FP-Antrags und eines VP-Zusatzantrags. Die Innertiroler Anti-Transit-Allianz ist neu geschmiedet. Auch das ist ein Bekenntnis.

Das gilt in der Transit-Debatte

Lkw-Nachtfahrverbot: Aktuell hat Italien vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Lkw-Fahrverbote (und Dosierung) in Tirol geklagt. Eine Entscheidung dürfte nicht vor Mitte 2026 erfolgen. Auch die Wirtschaftskammer Österreich fordert ein Aus des Nachtfahrverbots, WK-Tirol-Präsidentin Barbara Thaler allenfalls eine Lockerung an den Randzeiten.

IG-Luft: Das Immissionsschutzgesetz-Luft bildet die rechtliche Grundlage vieler Anti-Transit-Maßnahmen. Zuletzt konnte Tirol die Luftschadstoffgrenzwerte fast durchgehend einhalten. Die Fahrverbote kommen deshalb unter Druck. Ab 2030 gelten aber EU-weit strengere Werte.

Regierungsprogramm VP/SP/NEOS: Die neue Bundesregierung hat sich vollinhaltlich zu den Tiroler Transitmaßnahmen bekannt und will selbige sogar ausbauen. Auch will man das digitale Verkehrsmanagement (Slot) umsetzen – Bayern, Tirol und Südtirol haben sich darauf bereits 2023 geeinigt.

Dreierlandtag: Im Juni findet eine gemeinsame Sitzung der drei Landtage (Tirol, Südtirol, Trentino) in Meran statt. Hierfür hat der Trentiner Landtag einen Antrag zur temporären Aufhebung des Lkw-Nachtfahrverbotes eingebracht. Wird selbiger zur Sitzung zugelassen, kann er abgelehnt werden, wenn ein Landtag geschlossen dagegen stimmt.



Foto: Böhm

„Beim Transit gibt es keine faulen Kompromisse. Das IG-Luft soll auch für Lärm stehen.“

Anton Mattle
(Landeshauptmann, VP)



Foto: ESP/Gröder

„Auch bei einem Diabetiker setzt man nicht das Insulin ab, nur weil es ihm plötzlich besser geht.“

René Zumtobel
(Verkehrslandesrat, SP)



Foto: Falk

„Was erlauben sich die wild gewordenen Abgeordneten des Trentino? Da bin ich dann für einen Ausstieg aus dem Dreierlandtag.“

Markus Abwerzger
(FP-Landesparteiobmann)



Foto: Falk

„Jetzt soll nicht der Tiroler, sondern der Bundes-Adler den Löwen in Bayern zählen.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Parteiofrau Liste Fritz)



Traf nicht den Gusto der schwarz-roten Koalition: Gebi Mairs Plüsch-Karotte, mit welcher er die Transit-Politik der Regierung anklagte. Foto: Mitterwachauer

IG-Luft-Strafen fetten Budget auf, Fragen zu Wipptal-Geldern

Innsbruck – Der (Transit-) Verkehr belastet Tirol, das Land lukriert aber auch nicht unerheblich Geld daraus. Das geht aus zwei Anfragebeantwortungen der schwarz-roten Landesregierung an den Grünen-Klubobmann Gebi Mair hervor.

Satte 63,7 Millionen Euro fielen dem Landesbudget von 2014 bis 2024 etwa aus Einnahmen aus Verkehrsstrafen zu, die nach Verstößen gegen das Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) verhängt wurden. Also etwa Überschreitungen des „Luft-Hunderterers“ auf der Autobahn für Pkw

oder Missachtungen der einzelnen Fahrverbote im Schwerverkehr. Zweckgebunden sind diese Mittel übrigens nicht – laut Anfragebeantwortung wandern diese 1:1 in den ordentlichen Haushalt.

Geld lukriert das Land aber auch von anderer Seite. Nämlich vom Autobahnbetreiber Asfinag. Hier fließen Mauteinnahmen der Brennerautobahn via Land ans Wipptal zurück. Das nennt sich „Lebensverbesserungsabgabe“. Waren es im Jahr 2020 noch 1,5 Millionen Euro (ein Prozent der Netto-Mauteinnahmen), so

erhöhte sich dieser Beitrag bis ins Jahr 2023 bereits auf 1,9 Millionen Euro. Wie viel Mautgelder 2024 flossen, kann laut Land noch nicht beziffert werden – man arbeite am Bericht. Fakt ist: Es wird mehr. Denn 2023 einigten sich Land, Bund und Asfinag – im Zuge der Luegbrücken-Debatte – auf eine Verdreifachung des Beitrags ab 2024. Über die Verwendung der Mittel herrschte bis 2023 keine Berichtspflicht (an die Ministerien) – ergo lägen auch keine Detailaufstellungen seitens der Gemeinden vor, heißt es. (mami)



Landtags-Szenen einer roten Entfremdung

Ein Jagd-Foto zusammen mit dem – mittlerweile in U-Haft sitzenden – Ex-Immo-Tycoon René Benko war der Anfang vom Ende. Seit seinem Rücktritt als Landeshauptmann-Stellvertreter und auch Vorsitzender der Tiroler Sozialdemokratie Mitte Dezember 2024 fristet Georg Dornauer sein Polit-Dasein als einfacher Abgeordneter im Landtag. Dort fiel der Sellrainer bis dato noch nicht wirklich durch Redebeiträge auf. Auch das Verhältnis zum restlichen SP-Klub wirkt abgekühlt. Schier demonstrativ widmete sich Dornauer gestern Vormittag im Landtag lieber einer Zeitungslektüre als der Rede von SP-Mandatar Christian Kovacevic zum blauen Transit-Antrag.

Foto: Mitterwachauer

„Vertikale Fabrik“ in Niederndorf

Bisher waren am Standort im Bezirk Kufstein administrative Bereiche angesiedelt, jetzt baut BORA ebenda die erste eigene Fertigungsstätte. Die TT hat sich auf der Baustelle und im Betrieb umgeschaut.

Von Theresa Aigner

Niederndorf – Positive Nachrichten aus der Wirtschaft sind dieser Tage rar, das musste auch Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) in seiner Ansprache feststellen. Umso erfreulicher sei es, zu Terminen wie der Grundsteinlegung bei BORA – Hersteller innovativer Küchengeräte – in Niederndorf zu kommen.

Die Bauarbeiten sind bereits im vergangenen No-

„Wir gehen davon aus, dass wir bei den neuen Arbeitsplätzen in der Fabrik schnell dreistellig werden.“

Willi Bruckbauer
(CEO BORA)

vember gestartet. Erstmals eine eigene Fabrik und das am Standort in Tirol zu bauen, habe mehrere Gründe, so BORA-CEO Willi Bruckbauer. Einerseits gehe es darum, das Unternehmen durch den direkten Austausch zwischen Entwicklung und Produktion an einem Standort ständig weiterzuentwickeln. Der andere Grund: „Wir fühlen uns einfach wohl in Tirol“, so Bruckbauer. Die Zusammenarbeit mit Gemeinde,



Vor der Kulisse des Zahmen Kaisers entsteht die neue, vertikale Fabrik. Mitarbeiterin Stefanie Antony ist seit zwei Jahren Teil des Teams. Foto: Aigner/BORA

Nachbarn, aber auch den regionalen Handwerkern sei unkompliziert, erfolgreich und mache Spaß. Für die Region bedeutet der Bau der ersten Fabrik nicht zuletzt, dass Arbeitsplätze entstehen. Gesucht werden vor allem

Fachkräfte aus den Bereichen Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung, Technik sowie Einkauf und Logistik. „Wir gehen davon aus, dass wir sehr schnell dreistellig werden, was die neuen Arbeitskräfte betrifft“, so Bruckbauer.

Weltweit beschäftigt BORA 750 Mitarbeiterinnen, gut 400 davon sind schon jetzt am Standort in Niederndorf. Eine von ihnen ist Stefanie Antony, sie ist seit zwei Jahren im Bereich Social Media Marketing und Kooperationen tätig.

Wir treffen sie am Rande des Presse-Events in der so genannten „Healthy Bar“ – wo die MitarbeiterInnen jeden Tag ein kostenloses Salatbuffet in Anspruch nehmen. Ebenso gibt es einen Physiotherapeuten, bei dem kos-

tenlose Termine während der Arbeitszeit wahrgenommen werden können. „Man merkt, dass in der Firmenphilosophie Sport und Gesundheit wichtige Bestandteile sind.“ Dieser moderne bzw. „sportliche“ Zugang zum Thema Arbeit kommt nicht von irgendwo: Vielen wird neben den Dunstabzügen vor allem das BORA-Rennradteam ein Begriff sein. „Hier arbeitet ein junges, motiviertes Team und man spürt, dass was weitergeht“, beschreibt sie den Team-Spirit. Dazu passt auch der Fabriks-Neubau. Sowohl was die Geschwindigkeit als auch die Bauweise betrifft.

Vertikale Fabrik

So soll die Produktion bereits 2026 in der neuen, „vertikalen Fabrik“ anlaufen. Das heißt: „Um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten, wird der Herstellungsprozess vertikal angeordnet – also in mehreren Stockwerken. Dadurch ergibt sich eine Flächenersparnis von rund 60 Prozent im Vergleich zur klassischen horizontalen Anordnung von Produktionslinien“, erklärt Architekt Christoph M. Achammer. Die Fabrik hat eine Grundfläche von rund 6000 m² und eine Bruttogeschossfläche von 20.000 m².

Südtiroler übernehmen Hotel nach Pleite

Von Catharina Oblasser

St. Jakob i. D. – Anfang Juni wird das Hotel N'Cyan in St. Jakob wieder offen haben – allerdings unter neuer Führung. Nach der Insolvenz des Innovations- und Bildungszentrums übernahmen die Südtiroler Charme Hotels das Haus. Die Gruppe betreibt

auch den Alpenhof in St. Jakob, das Hotel Weitlanbrunn in Sillian und mehrere Häuser am Gardasee.

Was alles neu wird, beschreibt Alpenhof-Manager Matthias Fröhleke, der das ehemalige N'Cyan mitbetreut. Punkt eins ist der Name: „Das N'Cyan entstand aus dem früheren Gasthof Unterrain.“

Wir kehren zum alten Namen zurück und nennen es ‚Das Unterrain‘. Es wird als Vier-Sterne-Haus geführt.“ Statt Forschung, Bildung und Innovation steht die Kombination von Ursprünglichkeit und modernem Zubau im Zentrum. Das Unterrain ist ein Lifestyle-Hotel, sagt Fröhleke.

Nicht nur Gäste sollen etwas von der Neuübernahme haben. Das Unterrain bekommt in der Lobby eine Cocktailbar und Lounge, die öffentlich zugänglich sind. Je nach Jahreszeit gehört auch die Sonnenterrasse dazu. Die Lounge soll Einheimischen als Treffpunkt und als gemütlicher, entspannter Aufenthaltsort dienen, sagt Matthias Fröhleke. „Das tut dem Ort und seiner Entwicklung gut.“

3,6 Millionen Euro Schulden
Der Verein N'Cyan hat im November 2024 selbst den Antrag auf ein Konkursverfahren eingebracht und Schulden von 3,6 Millionen Euro angegeben. Das Land hatte das Projekt mit 400.000 Euro gefördert, was Markus Sint von der Liste Fritz scharf kritisierte. Das Land hätte genauer hinschauen müssen, bevor es 400.000 Euro zuschießt, argumentierte er.



Das N'Cyan in St. Jakob war als Innovations- und Bildungszentrum gedacht. Die Rechnung ging nicht auf. Foto: Armin Kleinlecher/Verein N'Cyan



FÖRDERUNG VON RESILIENZ IN ZEITEN DER KRISE

Wir möchten Sie einladen, an einem vom Land Tirol geförderten Forschungsprojekt der Medizinischen Universität Innsbruck teilzunehmen.

Durch die Teilnahme an diesem Projekt können Sie kostenlos eine von zwei potenziell hilfreichen Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit (RASMUS Resilienztraining oder Progressive Muskelentspannung) in Anspruch nehmen.

In diesem Projekt werden zwei 10-wöchige Trainingsverfahren zur Verbesserung der psychischen Gesundheit für Menschen aus der Allgemeinbevölkerung angeboten und wissenschaftlich untersucht. Die Untersuchungen werden per Telefon, Online Video Plattformen und Online Fragebögen durchgeführt, das RASMUS Resilienztraining und die Progressive Muskelentspannung werden als Live-Online-Trainings angeboten. Somit können Sie ortsunabhängig mit einem Computer und Internetzugang teilnehmen.

TEILNAHMEVORAUSSETZUNGEN:

- Sie fühlen sich psychisch belastet und aktuell wenig widerstandsfähig
- Sie sind über 18 Jahre alt
- Sie sprechen fließend deutsch
- Sie haben keine schwere psychiatrische Vorerkrankung

- Sie nehmen keine (Gruppen-) Therapie bei PsychologInnen, PsychotherapeutInnen oder PsychiaternInnen in Anspruch
- Sie nehmen keine (Gruppen-) Therapien anderer Disziplinen (Sozialarbeit, Pädagogik, Coaching, alternative Therapie usw.) in Anspruch

Nähere Informationen unter
WWW: <http://www.resilienz-tirol.at>
Email: resilienz-tirol@i-med.ac.at
Tel.: 05 12 504 23669

Teilnahmelink über QR-Code: 

Todesfälle

In **Matrei am Brenner**: Othmar Kolb, „Otti“, 86. In **Weerberg**: Franz Knapp, „Diesing Franz“, 78. In **Zell a. Z.**: Konrad Lehner, 85. In **Kirchberg**: Walter Müller, 63. In **Ebbs**: Berta Osterauer, 96. In **Lienz**: Amalia Kranebitter, „Mali“, 94. In **Matrei in Osttirol**: Philomena Steiner, geb. Wolsegger, „Gimpa Mene“, 96.

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRyq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)



Heiß geht's in Tirol schier in jeder Debatte um die Hallenbad-Zukunft her. So auch in Innsbruck.

Foto: Falk

Bäderbeirat gescheitert? Opposition fordert Aus

Kaum Abstimmung mit Zielen der Bäder-Studie, zu wenig Richtlinien-Transparenz: Für die Grünen hat der Bäderbeirat ausgedient. Doch 50-Meter-Becken in Innsbruck?

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Langsam, aber sicher schießen die Hallenbad-Pläne im Land wie die sprichwörtlichen Schwammerl aus dem Boden. Für Axams wurden sogar die Förderrichtlinien nach oben korrigiert, die *TT* berichtete. Wenngleich die 55 (statt 45) Prozent Zuschussleistung (zur maximal förderbaren Gesamtprojektsumme von 30 Mio. €) künftig für alle eingereichten Hallenbad-Neubauprojekte Geltung haben werden. Am Donnerstag wurden auch erste (vage) Pläne aus Langkampfen bekannt. Wörgl ist weiterhin umstritten, wenngleich ein

vergessen werde das Ziel, dass die Millionen dort eingesetzt gehörten, wo „Schulklassen aktuell gar keine (oder zu wenig) Schwimmmöglichkeit haben“. Nämlich gemäß Studie im Raum Imst/Landeck, Axams und Wörgl/Kufstein sowie in der Landeshauptstadt. Für Wohlfahrtstätt liegt damit eines auf der Hand: „Der Bäderbeirat hat ausgedient, das Konstrukt ist gescheitert. Die Landesregierung ist gefordert, die Kontrolle über die Fördermillionen wieder zurückzugewinnen.“

Wohlgemuth führt Gespräche

In eine ähnliche Kerbe hat zuletzt auch der Telfer Bürgermeister Christian Härting geschlagen. Er kritisiert vor allem das im Bäderbeirat für den Förder-Zuschlag praktizierte Prinzip „first come, first serve“, also: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Derart wäre der Bädertopf schneller ohne Prioritätensetzung geleert, als allen lieb sein könne, so Härting.

Eine Botschaft, die beim für Sport zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter Philip Wohlgemuth (SP) angekommen zu sein scheint. Auf *TT*-Anfrage verweist er hinsichtlich der Prioritätenreihung eingereichter und noch einzureichender Projekte darauf, bereits Gespräche geführt zu haben: „Wir werden die im Bäderbeirat vorgebrachten Anliegen mit der betrauten Abteilung rücksprechen und in der kommenden Sitzung über die weitere Vorgehensweise beraten und entscheiden.“ Einen Termin für den nächsten Bäderbeirat gibt es indes noch nicht.

Noch vor Beirats- und Topf-Einrichtung hat auch der Fügener Bürgermeister und Landtags-Vizepräsident Dominik Mainusch seine Gemeinde als neuen Hallenbad-

Standort ins Spiel gebracht. Sein Angebot stehe noch, sei aber realistischerweise mit dem derzeitigen Förderregime „nicht in Einklang zu bringen“, sagt Mainusch. Man sei aber auch nicht erste Wahl beim Standort. Der Forderung der Grünen nach einem Regime-Wechsel im Bäder-Topf kann Mainusch ad hoc nichts abgewinnen. Man solle die ersten Projekte abwarten und dann evaluieren.



Foto: Falk

„Wir werden die im Bäderbeirat vorgebrachten Anliegen mit der betrauten Abteilung rücksprechen.“

Philip Wohlgemuth
(Landeshauptmann-Stv.; SP)

Mainusch mahnt aber doch ein, dass im Beirat jenen Projekten der Vorzug zu geben sei, deren Standort laut Studie den höheren Bedarf aufweise: „Das Ziel muss ein flächendeckendes Angebot sein.“

Apropos Angebot: Für Innsbruck verdichten sich die Anzeichen, dass IKB und Stadt für Sanierung oder Neubau des Sporthallenbads Hötting-Au auch eine Variante inklusive eines 50-Meter-Wettkampfbeckens in Planung haben sollen. Wenn, dann würde selbiges von Seiten des Landes „voll unterstützt“, sagt Wohlgemuth: „Wir warten die Pläne der IKB ab.“ Aber auch ein zweites 25-Meter-Becken würde (wie auch eine Sanierung) im Fall des Falles wie gehabt geprüft.

Spardruck macht vor dem Sport nicht Halt

Mehr Sponsorgelder von Landesunternehmen: Politik will vermitteln, sie dämpft jedoch die Erwartungen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Hypo-Volleyballer ziehen sich aus dem Profisport zurück. Damit bleiben fünf Spitzenklubs beim gemeinsamen Auftritt von „Teamsport Tirol“ übrig: der HC Innsbruck (Eishockey), die Raiders (American Football), die WSG Tirol (Fußball), Handball Tirol sowie die TI Volley (Volleyball). Die Spitzenklubs kämpfen derzeit ums Geld und hoffen auf Unterstützung der Landesunternehmen. Mit der Sportförderung von rund 1,15 Mio. Euro zeigen sie sich äußerst zufrieden. Doch von den Gesellschaften des Landes erwarten sie sich mehr.

Appell an Landesbetriebe

Die Vereine hatten im Vorjahr ein Gesamtbudget von 14,4 Mio. Euro, ihren Werbewert beziffern sie mit rund 22 Millionen Euro. In der Vorwoche gab es erneut ein Gespräch mit Sportreferent und Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth (SP). Es geht um Lobbying bei den Betrieben des Landes. Doch die Rahmenbedingungen sind nicht einfach, erst in dieser Woche hat Landeshauptmann Anton Mattle (VP) dem Land einen eisernen Sparkurs verordnet. Zugleich sind etwa die Aktiengesellschaften wie der Landesenergieversorger Tiwag sowie die Hypo Tirol Bank auch für viele andere Institutionen und Vereine ein wichtiger Partner. Und an der zur Lebensraum Holding gehörenden Tirol Werbung dürfte Mattles Sparkurs wohl ebenfalls nicht spurlos vorübergehen.

Das Büro von Landeshauptmann Anton Mattle verweist darauf, dass die Landesunternehmen wie Tiwag oder Hypo Tirol Bank klar definierte Aufgabenbereiche wie die Energieversorgung oder die Wohnraumfinanzierung erfüllen. Dabei erwartet sich das Land, dass diese Kernaufgaben bestmöglich im Sinne der Tirolerinnen und Tiroler erfüllt werden. „Abseits davon tragen die Landesunternehmen auch eine gesellschaftliche Verantwortung und treten bereits jetzt als Unterstützer und Sponsoren in Kultur,

Sport und sozialem Engagement auf.“ Jedes Landesunternehmen verfolge für sich eine Sponsoring-Strategie, die sich an den gesetzlichen Vorgaben, Marktzielgruppen und den wirtschaftlichen Möglichkeiten orientiere.

Wohlgemuth bezeichnet sich in seiner Funktion als Sportlandesrat als der wichtigste Lobbyist für den Sport in Tirol. „Seit meinem ersten Tag im Amt biete ich ein offenes Ohr für den Breiten-, aber auch den Spitzensport an. Ich

„Jedes Landesunternehmen verfolgt für sich eine Sponsoring-Strategie.“

Büro Landeshauptmann
Anton Mattle

sehe es daher auch in meiner Verantwortung, Gespräche im Sinne unserer aktuellen sportlichen Aushängeschilder zu führen.“

Zugleich schränkt Wohlgemuth ein, dass er dies seriös angehe „und ohne Versprechungen zu machen, die nicht halten können“. Außerdem stellt der Sportreferent fest, „dass die vor meiner Regierungszeit von Teamsport Tirol präsentierte Pool-Lösung von den potenziellen Partnern

nicht angenommen wurde“. Nachsatz: Die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der landesweite Spardruck würden es nicht leichter machen. „Gerade deshalb werden wir die – durch die Bank gelobte – Förderschiene für den Spitzensport im Land Tirol beibehalten und weiterentwickeln. Anders als zum Beispiel im Nachbarbundesland Vorarlberg, wo im Sport landesseitig leider der Sparstift angesetzt wird.“ Mit 16 Millionen Euro fördert das Land Tirol heuer den Sport.

Tiwag mit Neuausrichtung

Ohne die Tiwag läuft in der Tiroler Vereinsstruktur ohnehin nichts, sie ist einer der wichtigsten Förderer. Dort steht das Sponsoring heuer generell auf dem Prüfstand. Der neue Tiwag-Vorstand Michael Kraxner arbeitet an einer Neuausrichtung der (Sport-)Sponsoringaktivitäten des Landesenergieversorgers mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Kinder- und Nachwuchsförderung. Allein im Vorjahr betrug das Budget für das Großsportponsoring 1,8 Millionen Euro. In Zeiten des 2002 Pleite eingegangenen FC Tirol war es naturgemäß wesentlich höher, die Tiwag damals Hauptsponsor.



Die Innsbrucker Haie spielen in der Tiwag Arena und werden von der Tiwag maßgeblich unterstützt. Aber auch von der Hypo.

Foto: HCl/PAPA Productions

Regierung kommt nach Pflege-Protest unter Druck

Innsbruck – An die 4000 Protest-Unterschriften von öffentlich Bediensteten in Tiroler Krankenhäusern und Altenheimen fordern die schwarz-rote Landesregierung auf, die Ungleichheiten zwischen den Gehaltssystemen Alt und Neu zu beseitigen, die *TT* berichtete. Vorerst allerdings ohne Erfolg.

Dass LH Anton Mattle und Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP)

am Mittwoch nicht einmal die Unterschriftenlisten der Gewerkschaft in Empfang nehmen wollten, ist für Liste-Fritz-Frontfrau Andrea Haselwanter-Schneider nichts weniger als eine „Brückierung“ der gesamten Pflegebediensteten: „Wie es aussieht, wird sich auch in Zukunft nichts ändern.“

Von Seiten der Grünen kommt die Kritik, dass die Landesregierung angesichts

von OP-Saal-Sperren und langen Patienten-Wartelisten den Ernst der Lage verkenne, wenn sie nun bei einer Gehaltsnachbesserung nicht einlenken will.

„Wie stur kann man als Landesregierung sein?“, fragt sich indes NEOS-Klubobfrau Birgit Obermüller: „Der Regierung ist nicht bewusst, wie viele Mitarbeiter in Gesundheitsberufen vor dem Absprung sind.“ (*mami*)

TIROL

THEMA DES TAGES

tiroler@kronenzeitung.at

DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Die neue Bundesregierung will bei den Förderungen „jeden Euro umdrehen“: Im Fokus stehen zunächst Klima- und Energiezuschüsse. Die „Tiroler Krone“ hat sich die hiesige Förderlandschaft in Tirol angesehen.

Problem erkannt, Lösung steht aus

Förderungen für alle: Diesen Antrag änderte Landesregierung ab.

Das Problem, dass eine rein elektronische Antragstellung Bevölkerungskreise von der Inanspruchnahme ausschließen könnte, ist der Landesregierung durchaus schon bekannt. So heißt es in einem Entschließungsantrag des Tiroler Landtages aus dem Jahr 2018: „Die Landesregierung solle sicherstellen, dass auch weiterhin ein Formular für das Ansuchen von Kindergeld Plus und Schulstarthilfe zur Verfügung gestellt wird.“

Die Liste Fritz prüfte das Förderangebot des Landes auf Barrierefreiheit und stellte fest, dass von 168 Förderungen insgesamt 103 ausschließlich auf elektronischem Weg beantragbar sind. Darunter immer noch die Schulkostenbeihilfe als Nachfolge-Förderung der oben erwähnten Schulstarthilfe. „Dass beispielsweise gerade im Bereich Familie oder Bildung Förderungen nur digital be-

antragbar sind, kann dazu führen, dass antragsberechtigte Personen leider an dieser Hürde scheitern und die eigentlich notwendige Förderung nicht erhalten“, heißt es in einem erneuten Dringlichen Antrag zu diesem Thema, gestellt Ende Jänner dieses Jahres.

Die schwarz-rote Koalition änderte diesen ab: „Die Landesregierung wird aufgefordert, neben der primär digitalen Antragstellung bei Förderanträgen Sorge dafür zu tragen, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Möglichkeiten dennoch Anträge einbringen können.“

Dafür müssten allerdings Förderrichtlinien geändert oder Ämter angewiesen werden, Hilfestellungen zu bieten. Ansprechpartner werden in jedem der 168 Förderungsbereiche mehrere genannt – sofern man Internetzugang hat und auf der Landeshomepage nachschauen kann. phil

Foto: Christof Birbaumer



„Förderungen haben ja einen Sinn: Sie sollen in eine bestimmte Richtung lenken“, betont Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint nach Analyse des Angebotes an Förderungen, „es würde Sinn machen, diese von Zeit zu Zeit zu evaluieren.“

So dicht wächst

Im Bund werden Förderprogramme angesichts leerer Kassen auf Einspar-Potenziale abgeklopft. In Tirol stehen 168 verschiedene Förderungen zur Auswahl – aber nicht für alle in gleichem Maße.

In Österreich herrscht ein jahrzehntelang gewachsener Förder-Wildwuchs“, brachte es der pinke Deregulierungs-Staatssekretär Sepp Scheilhorn am Sonntag in der „Krone“ auf den Punkt. In Tirol ist es nicht anders. Ein Blick auf die offizielle Landesseite genügt, um zu erkennen, dass ein wahrer „Förderdschungel“ gewachsen ist. „Für wen oder was suchen

Sie eine Förderung?“, heißt es auf der Seite des Amtes der Tiroler Landesregierung.

Fülle von Ressorts und Ansprechpartnern im Amt

Und dann wird aufgelistet: Arbeit, Bauen & Wohnen, Bildung, Energie, Familie, Gemeinden, Gesellschaft & Soziales, Gesundheit, Gleichbehandlung, Jugend, Kunst & Kultur, Land- und Forstwirtschaft, Lehre, Pfl-



Der Antrag auf Unterstützung für Strom- und Gasrückstände ist einer von 65, der auch mittels Formular eingebracht werden kann.

Zukunftsprojekt oder finanzielle Belastung?

9. April 2025, 14:06 Uhr



Der Umbau des Hauptbahnhofes steht bevor. die geplante Unterführung sorgt für Diskussionsstoff.
hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Der geplante Bau einer unterirdischen Fuß- und Radwegverbindung unter dem Hauptbahnhof, der die Stadtteile Wilten und Pradl miteinander verbinden soll, könnte die Mobilität in Innsbruck nachhaltig verbessern. Trotz der breiten Unterstützung und der positiven Entscheidung des Stadtsenats bleiben noch Fragen offen.

INNSBRUCK. Der Hauptbahnhof in Innsbruck steht das die beiden Stadtteile Wilten und Pradl miteinander verbinden soll, wird von der Stadt Innsbruck, wie auch von Seiten der Bevölkerung als zukunftsweisende Chance für Innsbruck angesehen. Die Radlobby startete am 26. März eine Petition für den Bau der Unterführung – mit Erfolg, bis jetzt haben rund 3.700 Befürworter unterschrieben. Auch der Stadtsenat hat sich heute, am 9. April in einer Mehrheitsentscheidung grundsätzlich zur Planung und Realisierung einer unterirdischen Fuß- und Radwegverbindung unter dem Hauptbahnhof bekannt. Trotzdem bleibt eine wesentliche Frage offen: Wer wird die hohen Kosten tragen?

Klarheit muss her

Laut einem noch nicht unterzeichneten Planungsabkommen sollen die Kosten für die Planung der Unterführung zu einem Drittel von der Stadt, den ÖBB und dem Land Tirol getragen werden. Doch angesichts der unklaren Gesamtkosten, die sich bereits für die Planung auf rund 2,1 Millionen Euro belaufen, zeigt sich die Stadt skeptisch. Für die Stadt Innsbruck bedeutet dies eine finanzielle Belastung von rund 700.000 Euro. In einer Aussendung betont die Stadtführung, dass sie nur dann bereit ist, die Planungen fortzusetzen, wenn die Finanzierung des Projekts klar geregelt ist:

„Wir pochen auch auf Sorgfalt und Vertragseinhaltung – bevor wir die Planungen starten, muss klar sein, welche Gesamtkosten auf die Stadt zukommen. Sowohl BBT als auch ÖBB müssen ihren Verpflichtungen nachkommen und bestehende Verträge mit der Stadt einhalten. In Zeiten, in denen das Geld an allen Enden und Ecken fehlt, ist es undenkbar, dass Innsbruck Millionenbeträge ins Blaue hinein verplant. Das hält gegenüber keinem Rechnungshof der Republik und berechtigterweise auch nicht gegenüber den Wählerinnen und Wählern stand.“

Umlagerung von Kosten

Von Seiten der Stadtführung wird eine Umlagerung der Kosten gefordert. Statt die bestehende nördliche Fußgängerunterführung zu verlängern, wurde vorgeschlagen, die Mittel, die für diese Maßnahme eingeplant wurden, auf den südlichen Rad- und Fußgängertunnel umzuschichten. Doch auch diese Anpassung kann nur erfolgen, wenn eine vertragliche Einigung mit den ÖBB und der BBT erzielt wird.



Der Stadtsenat bekannte sich einstimmig zur Realisierung der Unterführung. Auch von der Opposition gab es Zustimmung für das Projekt, aber auch Kritik.

Foto: Stadtblatt hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Verständnis und Kritik

Die Opposition äußert sich teils mit Verständnis, teils mit scharfer Kritik. Während Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz die Fuß- und Radwegunterführung als „einmalige Gelegenheit“ sieht und eine schnelle Entscheidung fordert, warnt die FPÖ vor einer weiteren Belastung der Stadtfinanzen. „Wir können uns das schlicht nicht leisten“, so Markus Lassenberger (FPÖ). Weiters unterstrich er, dass besonders in Zeiten, in denen die Stadt mit einer angespannten Haushaltslage und steigenden Gebühren zu kämpfen habe, es fahrlässig sei, ein so kostenintensives Projekt ohne eine klare Finanzierungszusage voranzutreiben.

Geflügelfarm ist

Die Widmung für den Geflügelstall im Obsteiger Weiler Wald wurde vom VGH als rechtswidrig erkannt.

VON AGNES DORN



Der Bauwerber hatte mit den Arbeiten bereits begonnen. Jetzt wird er vermutlich den ursprünglichen Zustand wieder herstellen müssen. Foto: privat

OBSTEIG. Der jahrelange Rechtsstreit der Anrainer gegen einen geplanten Geflügelstall im Landschaftsschutzgebiet von Wald hat nun ein Ende: Nach dem Antrag des Landesverwaltungsgerichtshofs liegt nun das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vor, der die Widmung des Gemeinderats vom Juni 2021 als rechtswidrig erkennt. Unmittelbare Nachbarn des geplanten Betriebs hatten damals Beschwerde eingelegt, woraufhin das Landesverwaltungsgericht (LVwG) einen Antrag auf Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) stellte. Die Flächenwidmung sei auf der

Grundlage „mangelhafter Grundlagenforschung“ erfolgt, so die Kritik des LVwG. „Dem Gemeinderat der Gemeinde Obsteig lagen bei Erlassung der gegenständlichen Flächenwidmungsänderung keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen ... vor“, so der LVwG. Bemängelt wird unter anderem, dass sich der Gemeinderat auf „Gutachten bzw. Stellungnahmen stützte, welche von unzutreffenden Gegebenheiten ausgingen“.

So heißt es im Urteil, dass dem Ge-

meinderat im Zuge der Widmung „keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen“ bezüglich „Vermeidung von Nutzungskonflikten; Wasserversorgung; Schutz des Landschaftsbildes; Bewahrung erhaltenswerter natürlicher oder naturnaher Landschaftselemente und Landschaftsteile; verkehrsmäßige Erschließung“ vorgelegen seien. Außerdem habe der Gemeinderat „nicht berücksichtigt, dass auf der Sonderfläche sämtliche auf Grund des Widmungswortlautes zulässigen

jetzt Geschichte

Vorhaben umgesetzt werden könnten.“

Konkret hätte der Gemeinderat nämlich davon ausgehen müssen, dass alle Vorhaben entsprechend der Widmung umgesetzt werden könnten. Sprich, dass der Betreiber tatsächlich rund 4.000 Puten im geplanten Geflügelstall unterbringt, anstelle der in den meisten Gutachten genannten 800 Stück. Der VGH kommt daher zum Schluss: „Die angefochtene Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Obsteig ist sohin schon mangels einer hinreichenden Grundlagenforschung mit Gesetzwidrigkeit belastet.“

Von Seiten der Anrainer zeigt man sich zufrieden mit dem Urteil, hofft aber weiters darauf, dass auch gegen den ersten, bereits bestehenden Standort des Geflügelbauern vorgegangen wird: „Wir sind sehr erleichtert und hoffen, dass sich auch die Situation in der Weilermitte bald verbessert. Weil

wir haben dort nach wie vor eine unerträgliche Situation mit der Keimbelastung, den Ausdünstungen und sogar mit Verwesungsgestank der 4. bis 5.000 Hühner. Vor über zwei Jahren war diesbezüglich die letzte Verhandlung im Zivilprozess, auf dessen Ausgang und das Ergebnis des Geruchsgutachtens, das längst überfällig ist, wir jetzt sehnächtig warten“, so einer der unmittelbaren Anrainer. Der Bauherr, der bereits vor Monaten „auf eigenem Risiko“ mit den Bauarbeiten begonnen hatte, wird wohl nun die Betonfundamente wieder abtragen lassen müssen. „Wir haben heute das Urteil zugestellt bekommen und werden das jetzt analysieren. Vermutlich werden wir ein baupolizeiliches Verfahren einleiten. Es läuft also auf einen Abbruchbescheid hinaus“, erklärt Standortbürgermeister Erich Mirth die weiteren Schritte. Die Gemeinde könnte aber auch die Widmung noch einmal ord-

nungsgemäß beschließen, zeigt Bezirkshauptfrau Eva Loidhold eine weitere Möglichkeit auf. Markus Sint, von der Liste Fritz, der das Urteil als „politische Watschn für die Vorgangsweise im Gemeinderat in Obsteig und für die schwarz-rote Landesregierung als zuständige Aufsichtsbehörde“ bezeichnet, sieht dagegen für den Bauwerber eine andere Möglichkeit: So biete sich „jetzt die wirkliche Chance für Gemeinderat und Landesregierung, den Geflügelmastbetrieb an einem anderen, passenderen Ort anzusiedeln.“

UMFRAGE DER WOCHE

 **Die Umfrage zum Thema finden Sie auf [MeinBezirk.at/Imst](https://meinbezirk.at/imst)**



Erst Ausgaben, nun

Wörgl steht wegen Finanzierungsdefizit von 4,4 Millionen Euro und stark gestiegener Personalkosten in der Kritik.

CHRISTIANE NIMPF

WÖRGL. Bei der jüngsten Gemeinderatssitzung in Wörgl wurde abgerechnet – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Auf der Tagesordnung stand nämlich die Jahresrechnung 2024, die zusammengefasst ein Minus von rund 4,4 Millionen Euro ergibt. Dabei muss man allerdings erwähnen, dass es eigentlich „nur“ 1,4 Millionen hätten sein können, allerdings wurde die Ausfinanzierung der Begegnungszone auf 2025 verschoben. Hätte man – wie ursprünglich geplant – bereits 2024 die Ausfinanzierung vorgenommen, wäre im Finanzierungshaushalt ein Mittelzufluss von etwa 3 Millionen



Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Wörgl weist ein Minus von etwa 4,4 Millionen Euro auf. In der Kritik liegen vor allem hohe Personalkosten. Foto: Nimpf

Euro zu verbuchen gewesen. Dies hätte das Gesamtergebnis verbessert: von minus 4,4 auf minus 1,4 Millionen Euro. Trotzdem bleibt eine Tatsache bestehen, was auch bei der Gemeinderatssitzung am 31. März einmal mehr aufgezeigt wurde: Wörgl muss handeln, um seine Finanzen langfristig auf stabile Beine stellen zu können. Dahingehend wurde jetzt sogar ein eigens eingerichtetes Projektteam aus Verwaltung und Politik gegründet, welches nun Möglichkei-

ten finden soll, um Einnahmen zu steigern, Ausgaben zu reduzieren und mehr Budgetdisziplin an den Tag zu legen.

Explodierende Personalkosten

Zentrales Thema der Diskussionen rund um die Jahresrechnung hörte man auch nicht zum ersten Mal: die enormen Personalkosten. Scharfe Kritik dahingehend kam unter anderem von Stadtrat Christian Kovacevic, welcher auf die explodierenden Personalkos-

Abrechnung

ten sowie die rapide Verschlechterung der Finanzen aufmerksam machte. „4,4 Millionen Euro mehr auszugeben, als man einnimmt, bedeutet nicht, wirtschaftlich gut gearbeitet zu haben. Ich sehe leider auch keine Besserung in Zukunft“, so Kovacevic. Besorgniserregend sei der massive Anstieg der Personalkosten, die im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Millionen Euro gestiegen sind. Dies könne man auch nicht mehr nur mit Indexanpassungen argumentieren. Schließlich handle es sich um eine Steigerung von 14,4 Prozent. „Die auffälligsten Kostensteigerungen sind die im Zentralamt. Und das sollte man einfach konkret hinterfragen“, ergänzt der Stadtrat. Konkrete Antworten auf seine Fragen bezüglich der Beschäftigten im Stadtamt bekam Kovacevic allerdings nicht. Aufgrund des Datenschutzes könne man Personen und deren Gehälter in einer öffentlichen Sitzung nicht offen-

legen, hieß es seitens der Rechtsabteilung. „Wir haben eine Überschreitung von 500.000 Euro im Personalbereich und sofern man gewisse Dinge in Sache Personal abklären kann, sollte man das schon machen. Und sich nicht immer hinter dem Datenschutz verstecken“, wirft auch Gemeinderat Hubert Aufschnaiter seine Meinung in den Saal, woraufhin einige Mandatäre sogar auf die Tische klopfen und „Beifall“ gaben. Zu mehr Budgetdisziplin forderte auch Gemeinderätin Gabi Madersbacher auf: „Wir haben 6 bis 7 Millionen noch an liquiden Mitteln auf den Konten. In Zukunft werden wir aber wieder 4 Millionen Euro Minus haben, nämlich Ende nächsten Jahres“, prophezeit Madersbacher. Unterstützung erhielt sie von Gemeinderätin Patricia Kofler, die appellierte, nicht zuzustimmen, solange die Ergebnisse des Prüfungsausschusses nicht vorlägen.



Speicher Versetz nun eingereicht

WWF, Grüne und Liste Fritz lehnen TIWAG-Pläne weiter ab.

Seiten 4/5

Fotos: Hammerl, Agentur Polak Zangerl/KMYK&DOOZK



Schlagerikone erobert die Schiregion Ischgl

Andrea Berg, eine der derzeit angesagtesten deutschen Schlagerstars eröffnete mit ihrem Auftritt auf der Idalp in Ischgl den heurigen Frühling und den Sonnenschlauf in der Region.

Seite 45

Versetz-Speicher in der UVP

Die TIWAG hat das Projekt aktualisiert und Ende März 2025 zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eingereicht.

VON CELINA LEITNER

BEZIRK LANDECK. Der geplante Pumpspeicher Verset soll durch hohe Speicherkapazität für Wind- und Solarstrom zur Netzstabilität und sicheren Energieversorgung beitragen. Neben seiner Bedeutung für die Energiewende soll der Speicher auch wirtschaftliche Impulse für Tirol setzen – mit einem Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden Euro und einer Wertschöpfung von rund 938 Millionen Euro. Für die UVP wurden 440 Pläne und rund 9.000 Seiten Fachbeiträge erstellt. Nach der laufenden Vollständigkeitsprüfung werden die Unterlagen öffentlich aufgelegt. Bürger kön-

nen Stellungnahmen abgeben, bevor ein Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt wird. In der anschließenden mündlichen Verhandlung haben anerkannte Parteien die Möglichkeit, Bedenken zu äußern. Der rechtskräftige Bescheid wird bis 2029 angestrebt, der Bau könnte bis 2034 abgeschlossen sein. „Für uns war es immer wichtig, die Bevölkerung mitzunehmen und sachlich zu informieren.“, so Baudirektor Alexander Speckle und der Abteilungsleiter Johann Neuner.

Ein wichtiges Projekt

Befürworter des Projekts argumentieren, dass der Pumpspeicher Verset einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leistet, indem er überschüssigen Wind- und Solarstrom speichert und bei Bedarf wieder ins Netz einspeist. Mit einer Speicherkapazität von rund 160 Stunden und einer Leistung von 400 MW

trägt er zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei – eine Technologie, für die es derzeit keine gleichwertige Alternative gibt. Zudem wurde das Vorhaben von der EU-Kommission als „Projekt gemeinsamen europäischen Interesses“ eingestuft, da es zur Erreichung der Klimaziele beiträgt. „Aus technischer Sicht gibt es derzeit und auch zeitnah keine bessere Technologie oder Alternative für die Speicherung von großen Energieelementen über längere Perioden als Pumpspeicherkraftwerke. Ebenso leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Netzes und damit zur sicheren Stromversorgung“, erläutert Speckle. Die Umweltverträglichkeitsprüfung, das strengste Prüfverfahren in Österreich, stellt sicher, dass alle Risiken umfassend geprüft und bewertet werden. Ebenso bringt das Projekt wirtschaftliche Vorteile für Tirol, schafft Arbeitsplät-

ze und stärkt die regionale Wertschöpfung. Trotz der Vorteile gibt es heftige Kritik: Der WWF sieht in der geplanten Flutung des Platztals nach wie vor eine „ökologische Katastrophe“, da wertvolle Moorflächen zerstört würden. Zudem seien Naturgefahren wie Felsstürze nicht ausreichend berücksichtigt. Auch die Grünen lehnen das Projekt ab und verweisen auf einen Widerspruch zum wasserwirtschaftlichen Rahmenplan des Bundes. Sie kritisieren zudem mangelnde Transparenz bei den geplanten Wasserableitungen.

Die Liste Fritz zweifelt an der Wirtschaftlichkeit und warnt vor einer Abhängigkeit von ausländischen Investoren. Ihrer Ansicht nach sei das Projekt unnötig, da Tirol bereits mehr Strom produziere, als es verbraucht. Die TIWAG betont, dass die UVP eine unabhängige und genaue Prüfung sicherstellt. Neben dem offiziellen Verfahren wolle man auch auf anderen Kanälen für Transparenz sorgen. Dazu gibt es Infomärkte am 10. April in Landeck und am 25. April in Imst, um Fragen aus der Bevölkerung zu beantworten.



Bauvorstand Alexander Speckle und Abteilungsleiter Johann Neuner informierten über die Einreichung. Foto: TIWAG

Theaterfestival Steudltenn mit viel Prominenz eröffnet

UDERNS (fh). Das Theaterfestival Steudltenn in der Gemeinde Uderns feiert heuer sein 15-jähriges Bestehen und zur heurigen Eröffnung kam viel Polit- sowie Lokalprominenz. Das Team rund um Bernadette Abendstein und Hakon Hirzenberger hat im heurigen Jahr wieder ein großartiges Programm für jung und junggeblieben zusammengestellt und die Premiere des dritten Teiles von „Nelson der Pinguin“ (Nelson und die Zeitmaschine) wurde vom Publikum frenetisch beklatscht. Es ist beinahe schon zur Tradition geworden, dass der Eröffnungsakt beim Theaterfestival Steudltenn eine tränenreiches Ereignis ist. Es sind allerdings Tränen der Freude, denn die Vielzahl der prominenten Gäste, sowie der Einmarsch der Bundesmusikkapelle Uderns sorgen bei Bernadette Abendstein für besonders viel Freude und Emotion. Hakon Hirzenberger,

welcher in charmanter Weise die Entstehung des Nelson Buches Revue passieren ließ, freute sich sichtlich über den großen Publikumsandrang in Uderns. Vonseiten des Landes Tirol waren LHStv. Josef Geisler und seine Sabina ebenso anwesend wie die Landräte Eva Pawlata und René Zumtobel. Die Landtagsabgeordneten Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz), Elisabeth Fleischanderl (SPÖ), Evelyn Achhorne (FPÖ) und Petra Wohlfahrtstätter (Grüne) waren ebenso dabei wie die Bürgermeister Franz Hauser (Schwendau), Klaus Gasteier (Kaltenbach), Josef Bucher (Uderns) und Johann Schreyer (Rohrberg). Nach dem offiziellen Eröffnungsakt bat man die Gäste in den Steudltenn, wo die Uraufführung von „Nelson und die Zeitmaschine“ stattfand.

meinbezirk.at/schwaz



Bernadette Abendstein begrüßte die Gäste charmant.



Hakon Hirzenberger erzählte wie Nelson der Pinguin entstand.



LHStv. Josef Geisler ist Steudltenn-Unterstützer.



Bgm. Klaus Gasteiger, LR Eva Pawlata, Pfarrer Erwin Gerst und LR René Zumtobel waren in Uderns dabei.



Gerhard Kainzner und Martin Bermoser bei der Eröffnung.



Das junge Publikum ist in Uderns besonders willkommen.

Problem erkannt, Lösung steht aus

Förderungen für alle: Diesen Antrag änderte Landesregierung ab.

Das Problem, dass eine rein elektronische Antragstellung Bevölkerungskreise von der Inanspruchnahme ausschließen könnte, ist der Landesregierung durchaus schon bekannt. So heißt es in einem Entschlussesantrag des Tiroler Landtages aus dem Jahr 2018: „Die Landesregierung solle sicherstellen, dass auch weiterhin ein Formular für das Ansuchen von Kindergeld Plus und Schulstarthilfe zur Verfügung gestellt wird.“

Die Liste Fritz prüfte das Förderangebot des Landes auf Barrierefreiheit und stellte fest, dass von 168 Förderungen insgesamt 103 ausschließlich auf elektronischem Weg beantragbar sind. Darunter immer noch die Schulkostenbeihilfe als Nachfolge-Förderung der oben erwähnten Schulstarthilfe. „Dass beispielsweise gerade im Bereich Familie oder Bildung Förderungen nur digital be-

antragbar sind, kann dazu führen, dass antragsberechtigte Personen leider an dieser Hürde scheitern und die eigentlich notwendige Förderung nicht erhalten“, heißt es in einem erneuten Dringlichen Antrag zu diesem Thema, gestellt Ende Jänner dieses Jahres.

Die schwarz-rote Koalition änderte diesen ab: „Die Landesregierung wird aufgefordert, neben der primär digitalen Antragstellung bei Förderanträgen Sorge dafür zu tragen, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Möglichkeiten dennoch Anträge einbringen können.“

Dafür müssten allerdings Förderrichtlinien geändert oder Ämter angewiesen werden, Hilfestellungen zu bieten. Ansprechpartner werden in jedem der 168 Förderungsbereiche mehrere genannt – sofern man Internetzugang hat und auf der Landeshomepage nachschauen kann. phil

Land Tirol
ANTRAG um Gewährung
Persönliche Pausen der Arbeitslosigkeit / eine Arbeitsstelle
Name und Familienname, Vorname
Geburtsdatum
Geburtsort
Familienstand
Adresse
PLZ
Ort
Telefon
Beruf
E-Mail
Unterschrift

Der Antrag auf Unterstützung für Strom- und Gasrückstände ist einer von 65, der auch mittels Formular eingebracht werden kann.



„Förderungen haben ja einen Sinn: Sie sollen in eine bestimmte Richtung lenken“, betont Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint nach Analyse des Angebotes an Förderungen, „es würde Sinn machen, diese von Zeit zu Zeit zu evaluieren.“



Im Amt der Tiroler Landesregierung im Landhaus laufen bezüglich Förderung die Fäden zusammen: Internetzugang von Vorteil

So dicht wächst

Im Bund werden Förderprogramme angesichts leerer Kassen auf Einspar-Potenziale abgeklopft. In Tirol stehen 168 verschiedene Förderungen zur Auswahl – aber nicht für alle in gleichem Maße.

In Österreich herrscht ein jahrzehntelang gewachsener Förder-Wildwuchs“, brachte es der pinke Deregulierungs-Staatssekretär Sepp Schellhorn am Sonntag in der „Krone“ auf den Punkt. In Tirol ist es nicht anders. Ein Blick auf die offizielle Landeseite genügt, um zu erkennen, dass ein wahrer „Förderdschungel“ gewachsen ist. „Für wen oder was suchen

Sie eine Förderung?“, heißt es auf der Seite des Amtes der Tiroler Landesregierung.

Fülle von Ressorts und Ansprechpartnern im Amt

Und dann wird aufgelistet: Arbeit, Bauen & Wohnen, Bildung, Energie, Familie, Gemeinden, Gesellschaft & Soziales, Gesundheit, Gleichbehandlung, Jugend, Kunst & Kultur, Land- und Forstwirtschaft, Lehre, Pfl-

ge, Schule, SeniorInnen, Sicherheit, Sport, Europa & Internationales, Tourismus, Umwelt, Unternehmen, Einrichtungen, Vereine, Verbände und zuletzt Verkehr. Jeder dieser Bereiche ist wiederum in mehrere Unterpunkte gegliedert, im Kapitel Landwirtschaft sind es zum Beispiel insgesamt 32 Unterpunkte. „Beihilfe zum Ankauf von hochwertigen Zuchttieren“ heißt es da beispielsweise, oder „Beihilfen für Markterschließung und Absatzförderung“. Kurz gesagt: Es gibt nahezu nichts, für das es nicht auch eine Förderung im Land gibt.

Doch wie viel und an wen wird ausbezahlt? Darüber

gibt die Transparenzdatenbank zumindest teilweise Auskunft. „So fördert Österreich“, lautet ein Abschnitt im Transparenzportal.

Transparenzportal zeigt: Es geht um Milliarden Euro

„In Österreich gibt es aktuell insgesamt 922 aktive Abwicklungsstellen, die Förderungen auszahlen. Diese werden von 35 Leistungsgebern festgelegt. Bisherige Auszahlungssumme in der Transparenzdatenbank auf diese Förderungen: 304,14 Milliarden Euro bei insgesamt 5247 aktuell beantragten und bereits archivierten Förderungen.“ Gerechnet ist diese Summe über den Zeitraum von 2013

bis 2025, ergibt also im Schnitt bundesweit rund 25 Milliarden Euro pro Jahr.

Die aktuelle Förderlandschaft in Tirol war immer wieder Thema im Tiroler Landtag. Zuletzt setzte sich die laut Eigendefinition „Kontrollpartei“ Liste Fritz intensiv mit diesem Thema auseinander. „Das Land bietet aktuell 168 Förderungen an“, berichtet Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint.

Liste Fritz: „Digitalisierung schön und gut, aber ...“

„Die Durchsicht der jeweiligen Förderrichtlinien zeigt aber, dass von diesen 168 Förderungen insgesamt 103, somit 61 Prozent, aus-

schließlich online beantragbar sind. Das ist in der entsprechenden Richtlinie so festgelegt.“ Für Sint ein Unding: „Digitalisierung schön und gut, aber Förderungen des Landes müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein“, betont Sint und brachte einen entsprechenden Antrag im Landtag ein (siehe Bericht links). Die Landesregierung wird damit aufgefordert, die Antragstellung auf analogem Wege nicht nur bei einigen, sondern bei allen angebotenen Förderungen zu ermöglichen. Rund 500 Mio. Euro schüttet Tirol an Förderungen jährlich aus – rund 10 % des Budgets. Philipp Neuner

Tiroler „Förderungsdschungel“

VfGH hebt Widmung auf

Geflügelstall im Obsteiger Weiler Wald vor dem Aus?

(mg) Der Streit um einen geplanten Geflügelmastbetrieb im Weiler Wald der Gemeinde Obsteig zieht sich schon seit Jahren hin. Nun hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass die Widmung im Landschaftsschutzgebiet als gesetzwidrig aufgehoben werden muss.

Der Verfassungsgerichtshof in Wien ist zu der Erkenntnis gekommen, dass die vom Gemeinderat am 24. Juni 2021 beschlossene Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Obsteig im Bereich des Grundstückes im Weiler Wald als gesetzwidrig aufzuheben ist. Weiters wird die Tiroler Landesregierung verpflichtet, diesen Ausspruch unverzüglich kundzumachen. Ein

 **online.reisen.at**
MIT EINEM KLICK DURCH DIE WELT

Nachbar hatte zuvor Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht Tirol erhoben, das mehrere Bedenken äußerte, die zur Antestellung an den Verfassungsgerichtshof führten. Der Auflegungsbeschluss vom 3. Dezember 2020 sei „unzulässigerweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ erfolgt, dem Gemeinderat hätten bei Erlassung der Flächenwidmungsplanänderung „keine ausreichenden

Entscheidungsgrundlagen“ (Vermeidung von Nutzungskonflikten, Wasserversorgung, Schutz des Landschaftsbildes, verkehrsmäßige Erschließung) vorgelegen und der beschlossene Flächenwidmungsplan widerspreche den Festlegungen des örtlichen Raumordnungskonzeptes. Der Gemeinderat habe außerdem nicht berücksichtigt, dass auf der Sonderfläche sämtliche aufgrund des Widmungswortlautes zulässigen Vorhaben umgesetzt werden könnten – es könnte ein Stall für über 4.000 Puten errichtet werden.

KEINE AUSREICHENDE GRUNDLAGENFORSCHUNG. Die im Planungsverfahren eingeholten Gutachten würden aber von der Errichtung eines Geflügelstalles für rund 500 bis 1.000 Puten ausgehen. Diese Zahl an Tieren liege jedoch erheblich unter jener Zahl, welche nach der Widmung als „Sonderfläche sonstige land- und forstwirtschaft-



Mit ersten Arbeiten hatte der Bauerber bereits begonnen. Nun hat der Verfassungsgerichtshof aber entschieden, dass die Widmung für den geplanten Geflügelmastbetrieb im Weiler Wald der Gemeinde Obsteig rechtswidrig ist.

liche Gebäude und Anlagen“ grundsätzlich in Betracht kommt. Zudem würde die Stellungnahme des Amtes der Tiroler Landesregierung (Baubezirksamt Imst, Wasserwirtschaft) lediglich die Abwasserentsorgung, nicht jedoch die Wasserversorgung für die Widmungsfläche berücksichtigen. Der Verfassungsgerichtshof kommt daher zu der Erkenntnis:

erklärte Bürgermeister Erich Mirth. Derzeit warte man auf die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts. Wahrscheinlich werde es zu einem baupolizeilichen Abbruch kommen. Theoretisch bestesse aber auch die Möglichkeit, die Widmung in einem ordnungsgemäßen Verfahren erneut zu beschließen.

KRITIK DER OPPOSITION. Liste Fritz-Klubmann Markus Sint spricht von einem „schwerwiegenden Versagen zu Lasten der betroffenen Anwohner, für die es um eine massive Lärm- und Geruchsbelästigung geht“ und von einer „politischen Watschn für die Vorgehensweise im Gemeinderat in Obsteig und für die schwarz-rote Landesregierung als zuständige Aufsichtsbehörde“. Die Bezirkssprecherin der Imster Grünen meint: „Die Auswirkungen eines derart großen Betriebes auf einen kleinen Weiler sind massiv. Ich freue mich, dass Verkehr und Geruchsbelastung für die Nachbarn nicht einfach ignoriert werden dürfen.“

Abstecher nach Imst

Tiroler Landestheater kommt in die Bezirkshauptstadt



Türen wieder neu und modern!

Neue Türen ohne Baustofffall

Rufen Sie uns an:
05263/63 77

haslwanter
PORTS

www.haslwanter.garten.at

„Die angefochtene Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Obsteig ist ohnehin schon mangels einer hinreichenden Grundlagenforschung mit Gesetzwidrigkeit belastet.“ Das Erkenntnis ist inzwischen auch bei der Gemeinde Obsteig eingelangt. Man werde entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vorgehen,

„Nicht lebensnotwendig“

Liste Fritz gegen touristische Hubschrauberflüge

(dgh) Die Liste Fritz will, dass Hubschrauberflüge zum touristischen Transport vom Flughafen Innsbruck nach Obergurgl, Kitzbühel, Ischgl oder St. Anton bewilligungspflichtig werden. Sie werden's nicht.



Klubobmann Markus Sint: Hubschrauberflüge zu touristischen Zwecken gehören reguliert. RS-Foto: Archiv

Vor allem die Lärmbelastung an den Wochenenden und in der Nacht sorgt im Start- und Landebereich des Innsbrucker Flughafens für Ärger. Diesen Lärm erzeugen aber nicht Linien- und Charterflüge außerhalb der offiziellen Betriebszeiten, sondern auch „die wachsende Zahl an Besspassungs- und Hubschrauberflügen zum touristischen Transport“ vom Flughafen Innsbruck nach Obergurgl, Ischgl, Kitzbühel oder St. Anton, wie Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint sagt. Für die Liste Fritz sind solche Hubschrauberflüge zu touristischen Zwecken nicht lebensnotwendig und gehören reguliert: Sie sollen laut Sint nicht generell verboten, sondern bewilligungspflichtig werden. „Wer sich von Innsbruck nach Obergurgl fliegen lassen will, muss beim Land um eine Bewilligung ansuchen“, erklärt Sint. Grundsätzlich seien in Tirol 22 Heliports für touristische Hubschrauberflüge zugelassen (Zahl aus dem Jahr 2019) und die Flüge scheinen selten zu sein, aber nichts Genaues weiß man nicht: „Die Landesregierung behauptet, dass es nur um einige wenige Flüge pro Jahr geht und tatsächlich nur um einige wenige Heliports von St. Anton über Ischgl, Obergurgl bis

Kitzbühel. Gesichert ist das nicht und die Vehemenz, mit der die ÖVP-dominierte Landesregierung seit Jahren eine Bewilligungspflicht für derartige touristische Hubschrauberflüge bekämpft, lässt mutmaßen, dass es sich tirolweit doch nicht um so wenige Flüge handelt, sagt Sint.

STELLUNGNAHMEN. Stellungnahmen der Abteilung Umweltschutz im Landhaus und des Klimaministeriums könnten unterschiedlicher nicht sein, sagt der Liste-Fritz-Klubobmann: Die Landesabteilung sehe ein Verbot sachlich nicht gerechtfertigt, kompetenz- und verfassungswidrig. Zudem gehe es nur um einen marginalen Anteil an Flügen, die sich auf einzelne Heliports, etwa Obergurgl, Ischgl, Kitzbühel und St. Anton beschränkten. Deswegen gebe es keinen Bedarf für eine Regelung. „Nachdem wir von einer Bewilligungspflicht und nicht von einem Verbot reden, sind diese Argumente schon hinfällig. Und wenn es ohnehin nur um ein paar wenige Hubschrauberflüge geht, dann ist eine Bewilligungspflicht auch kein großer bürokratischer Mehraufwand“, ist Sint überzeugt und verweist auf das Klimaministerium in Wien, das den Bedenken der Liste Fritz beipflichte. „Das Klimaministerium steht einer Änderung des Tiroler Naturschutz-

Wir modernisieren Ihre Küche!

Mit neuen Fronten nach Maß!

Rufen Sie uns an:

02563/63 77

haslwanter

PORTAS

www.haslwanter.portas.at

gesetzes positiv gegenüber. Von Kompetenz- und Verfassungswidrigkeit ist da keine Rede. Auch aus luftfahrttechnischer Sicht bestehe seitens des Klimaministeriums prinzipiell kein Einwand“, sieht sich Sint in seiner Forderung nach einer Bewilligungspflicht bestätigt. Das Bundesministerium gebe grünes Licht, die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ lehnten die Liste-Fritz-Lösung für mehr Lärmschutz und für eine Bewilligungspflicht aber trotzdem ab: „Das ist unverständlich und verantwortungslos“, erklärt der Klubobmann. „Ich habe mich nicht durchgesetzt, aber es würde Betroffenen helfen“, fasst Markus Sint zusammen.

Stadt bekennt sich zu Bahnhoferunterführung

Innsbrucks Stadtkoalition bekennt sich zur Planung und Realisierung einer Fuß- und Radwegverbindung unterhalb des Hauptbahnhofs. Allerdings unter der Prämisse, dass die Kosten, die dafür von der Stadt getragen werden müssen, von vornherein klar sind. Seit 2024 verhandelt die Stadt mit den ÖBB über das Projekt.

Online seit heute, 7.52 Uhr

Teilen

Von der Heiliggeiststraße westlich des Bahnhofs bis zur Anzengruberstraße östlich davon soll sich die unterirdische Fuß- und Radwegverbindung erstrecken. Für die Stadt seien zentrale rechtliche und finanzielle Fragen allerdings noch nicht geklärt, hieß es in einer Aussendung.

Die Stadtkoalition bekenne sich zu dem Projekt. „Wir pochen aber auch auf Sorgfalt und Vertragseinhaltung. Bevor wir die Planungen starten, muss klar sein, welche Gesamtkosten auf die Stadt zukommen. Sowohl BBT als auch ÖBB müssen ihren Verpflichtungen nachkommen und bestehende Verträge mit der Stadt einhalten. In Zeiten, in denen das Geld an allen Enden und Ecken fehlt, ist es undenkbar, dass Innsbruck Millionenbeträge ins Blaue hinein verplant“, wurde Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA – Jetzt Innsbruck) zitiert.

2,1 Millionen Euro Planungskosten

40 bis 60 Millionen Euro könnte die Unterführung kosten, so Tiefbau-Stadträtin Mariella Lutz (JA – Jetzt Innsbruck). Neben den Baukosten müsse für die Stadt vorab auch geklärt sein, wie viel Ausstattung, Instandhaltung und Betrieb kosten werden. 700.000 der 2,1 Millionen Euro an Planungskosten würden allein auf die Stadt entfallen, fixiert ist die Aufteilung zwischen Stadt, Land und ÖBB noch nicht. Die Stadt werde weiterhin mit den ÖBB über die Kosten der Planung verhandeln.

Die für Stadtplanung und Mobilität zuständige Stadträtin Janine Bex (Grüne) sprach von einer historischen Chance, „die wichtigste Mobilitätsdrehscheibe Westösterreichs neu zu denken“, jetzt biete sich „die einmalige Möglichkeit, auch den Fuß- und Radverkehr konsequent mit einzubinden“, so Bex.

Die Errichtung einer Unterführung würde im Zuge eines großangelegten Umbaus des Hauptbahnhofs stattfinden. Die ÖBB planen Kapazitätserweiterungen vor der Inbetriebnahme des Brennerbasistunnels – mehr dazu in **Umbaupläne für Innsbrucker Hauptbahnhof**.

FPÖ skeptisch, Liste Fritz drängt auf Entscheidung

Die FPÖ zeigte sich angesichts einer „prekären Finanzlage der Landeshauptstadt“ skeptisch. „Die Stadt soll die Bevölkerung entlasten, statt sich für Prestigeprojekte zu verschulden“, wurde FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger in einer Aussendung zitiert.

Grundsätzlich halte er die unterirdische Verbindung zwar für eine „gute Idee“. Im Stadtsenat wollte sich die FPÖ bei dem Beschluss aber enthalten. Ohne die Kosten zu kennen, könne man nicht zustimmen, so die Freiheitlichen.

Liste-Fritz-Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider drängte hingegen auf eine rasche Entscheidung. „Die Sorgen von Bürgermeister Anzengruber um das Stadtbudget sind ehrenwert, aber die Zeit läuft uns davon. Wenn die Stadtführung nicht spätestens bis zum Sommer eine Entscheidung trifft, wird die ÖBB ihre Planungen ohne die dringend notwendige und wichtige Unterführung fortsetzen“, so Haselwanter-Schneider.

Landesbeamter sitzt in acht Aufsichtsräten

Das mit den Aufsichtsräten in Landesunternehmen oder landesnahen Betrieben ist so eine Sache. Dass gleich drei hochrangige Landesbeamte in der neuen Fernpass-Gesellschaft vertreten sind, sorgte in der Vorwoche für Aufregung. Einer davon ist **Manfred Tschopfer** von der Finanzabteilung. Tschopfer ist nicht nur ein Aufsichtsrats-Multi in der Beamtenschaft, sondern auch federführend in Unternehmen tätig.

Er fungiert nämlich als Geschäftsführer der Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH sowie der Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH & Co KG. Und in der Timmelsjoch Hochalpenstraße AG sogar als Vorstand. Dazu kommen acht (!) Aufsichtsratsposten, im Verkehrsverbund und in der gemeinnützigen Baugesellschaft Tigewosi nimmt Manfred Tschopfer die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden ein.



Einige hochrangige Beamte in der Landesverwaltung sitzen auch in diversen Aufsichtsräten von Landesunternehmen.

Foto: APA/Groder

„Herr Tschopfer mag durchaus geeignet sein, aber so eine Mehrfachbesetzung ist nicht der Sinn eines Aufsichtsrates. Es fehlt die notwendige Distanz als weisungsgebundener Landesbediensteter“, kritisiert Liste-Fritz-Klubobmann **Markus Sint**. Denn natürlich entstehe durch diese Mehrfachbesetzung der Anschein der Befangenheit und es bestehe die Gefahr von Interessenkonflikten. Schlussendlich regt Sint an,

dass Tschopfer als Landesbediensteter ja auch seinen Kernaufgaben nachkommen können und nicht nur den Haus- und Hof-Aufsichtsrat für die Landesregierung geben sollte.

Am 14. April entscheidet die Südtiroler Volkspartei (SVP), ob sie das Verhandlungsergebnis zwischen Rom und Bozen über die Autonomie-Reform akzeptiert. Sowohl Parteibobmann **Dieter Steger** als

auch Landeshauptmann **Arno Kompatscher** sprechen von einem sehr guten Verhandlungsergebnis für Südtirol. Dieses wurde am Freitag bereits der SVP-Parteileitung vorgestellt und von dieser laut Steger in aller Deutlichkeit befürwortet. Alles andere als eine klare Zustimmung auf der außerordentlichen Landesversammlung wäre eine große Überraschung.

Im Kern geht es darum, die „Grenzen der Gesetzgebung“ abzubauen, ausgehöhlt, primäre Zuständigkeiten für Südtirol wiederherzustellen, eine bessere Absicherung der Autonomie insgesamt zu erreichen und darüber hinaus weitere Zuständigkeiten zu bekommen. „Das in Rom vom Regionenminister vorgeschlagene Gesamtpaket brächte Südtirols Autonomie einen entscheidenden Schritt weiter“, erklären Kompatscher und Steger unisono. (pn)

Bis zu 60 Millionen für Unterführung?

Innsbrucker Stadtsenat spricht sich grundsätzlich für Rad- und Fußwegunterführung unter Bahnhof aus, unterstreicht aber Forderung nach „Kostenwahrheit“.

Innsbruck – Mit Koalitionsmehrheit hat sich der Innsbrucker Stadtsenat gestern grundsätzlich zur Planung bzw. Realisierung einer Fuß- und Radwegunterführung unter dem Hauptbahnhof bekannt. Dies allerdings unter der Prämisse der „Kostenwahrheit“, wie die Stadtführung nochmals unterstrich.

Wie berichtet, könnte die unterirdische Fuß- und Radwegverbindung von der Heiliggeiststraße in Wilten bis zur Anzengruberstraße in Pradl im Zuge des bevorstehenden, groß angelegten Umbaus von Haupt- und Frachtenbahnhof umgesetzt werden – zur besseren Erschließung des Bahnhofs und zugleich als direkte Stadtteilverbindung. Die Planungsvereinbarung, die eine Drittelung der Planungskosten für die Unterführung zwischen ÖBB, Stadt und Land vorsieht – je ca. 700.000 Euro –, fehlt aber noch immer.

Stadt: „Kosten umlagern“

„40 bis 60 Mio. Euro könnte allein die Unterführung kosten“, so Tiefbau-Stadträtin Mariella Lutz (JA). „Wir möchten die ÖBB daran erinnern, dass ein so teures Tiefbau-Projekt nur dann realisiert werden kann, wenn der Kostenschlüssel der Umsetzung geklärt ist.“ Neben der Errichtung müsse man auch wissen, was Ausstattung, Instandhaltung und Betrieb die Stadt kosten sollen.

Eine konkrete Forderung der Stadt betrifft die Umverteilung von Kosten: Im sog. „3. Ausführungsvertrag“ hatte die Brennerbasistunnelgesellschaft BBT SE sich dazu verpflichtet, die bestehende nördliche Fußgängerunterführung am Hauptbahnhof auf eigene Kosten bis zum östlichen Ende des Frachtenbahnhofs zu verlängern. Die Stadt schlägt stattdessen vor, dass die BBT SE die Kosten, die für diese Verlängerung angefallen wären, schätzen lassen und auf den nunmehr geplanten südlichen Rad- und Fußgängertunnel umlagern solle.



Foto: Falk

„Wir müssen wissen, was Errichtung, Ausstattung, Instandhaltung und Betrieb die Stadt kosten sollen.“

Mariella Lutz
(Tiefbau-Stadträtin)

Mit dem jetzigen Grundsatzbeschluss „werden wir die Verhandlungen mit der ÖBB-Infrastruktur AG über die Planungskosten fortführen und den positiven Abschluss davon abhängig machen, ob unsere offenen Fragen zur Finanzierung der geplanten Unterführung geklärt werden können“, schließt Lutz. Was die Neugestaltung des Bahnhofsareals angeht, würde Innsbruck sogar „noch viel

weiter“ gehen, ergänzt Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA). Die Stadt sei „offen für eine Teilüberbauung des Areals, wie sie von den ÖBB auch in Wien realisiert wurde“. Flächen südlich des bestehenden Bahnsteigareals böten Möglichkeiten für „vielfältige Nutzungen wie Schule, Hotelbetrieb, Parkanlage oder Aussichtsflächen. All das haben wir den ÖBB in den Verhandlungen angeboten.“

Die Liste Fritz drängt – wie auch ALI – auf eine rasche Entscheidung der Stadtführung: Liege diese nicht spätestens bis Sommer vor, „werden die ÖBB ihre Planungen ohne die dringend notwendige und wichtige Unterführung fortsetzen“, warnt GR Andrea Haselwanter-Schneider.

Sehr skeptisch ist hingegen FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger: „Die Stadt soll die Bevölkerung entlasten, statt sich für Prestigeprojekte zu verschulden.“ Die Idee einer solchen Stadtteil-Verbindung sei grundsätzlich gut, im Hinblick auf die zu erwartenden Gesamtkosten schwane ihm allerdings Übles. (md)



Eine Fuß- und Radunterführung unter dem gesamten Bahnhofsareal birgt viele Chancen, doch allein die Planung kostet ca. 2,1 Mio. Euro. Foto: Falk

Südtiroler übernehmen Hotel nach Pleite

Von Catharina Oblasser

St. Jakob i. D. – Anfang Juni wird das Hotel N'Cyan in St. Jakob wieder offen haben – allerdings unter neuer Führung. Nach der Insolvenz des Innovations- und Bildungszentrums übernahmen die Südtiroler Charme Hotels das Haus. Die Gruppe betreibt

auch den Alpenhof in St. Jakob, das Hotel Weitlanbrunn in Sillian und mehrere Häuser am Gardasee.

Was alles neu wird, beschreibt Alpenhof-Manager Matthias Fröhleke, der das ehemalige N'Cyan mitbetreut. Punkt eins ist der Name: „Das N'Cyan entstand aus dem früheren Gasthof Unterrain.

Wir kehren zum alten Namen zurück und nennen es ‚Das Unterrain‘. Es wird als Vier-Sterne-Haus geführt.“ Statt Forschung, Bildung und Innovation steht die Kombination von Ursprünglichkeit und modernem Zubau im Zentrum. Das Unterrain ist ein Lifestyle-Hotel, sagt Fröhleke.

Nicht nur Gäste sollen etwas von der Neuübernahme haben. Das Unterrain bekommt in der Lobby eine Cocktailbar und Lounge, die öffentlich zugänglich sind. Je nach Jahreszeit gehört auch die Sonnenterrasse dazu. Die Lounge soll Einheimischen als Treffpunkt und als gemütlicher, entspannter Aufenthaltsort dienen, sagt Matthias Fröhleke. „Das tut dem Ort und seiner Entwicklung gut.“

3,6 Millionen Euro Schulden

Der Verein N'Cyan hat im November 2024 selbst den Antrag auf ein Konkursverfahren eingebracht und Schulden von 3,6 Millionen Euro angegeben. Das Land hatte das Projekt mit 400.000 Euro gefördert, was Markus Sint von der Liste Fritz scharf kritisierte. Das Land hätte genauer hinschauen müssen, bevor es 400.000 Euro zuschießt, argumentierte er.



Das N'Cyan in St. Jakob war als Innovations- und Bildungszentrum gedacht. Die Rechnung ging nicht auf.

Foto: Armin Kleinlercher/Verein N'Cyan

Verkehrsprobleme im Bezirk Reutte: Liste Fritz fordert Lösungen



Landtagsabgeordneter Markus Sint (Klubobmann der Liste Fritz) und der Außerferner Bezirkssprecher Josef Lutz sehen in der Außerfernbahn Verbesserungsbedarf.

© Simone Tschol



Von Simone Tschol

Samstag, 12.04.2025, 07:14

Klubobmann Markus Sint und Bezirkssprecher Josef Lutz von der Liste Fritz fordern Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Bezirk Reutte. Neben der Kritik am Scheiteltunnel stehen die Ausfälle der Außerfernbahn und fehlende Park & Ride-Flächen im Fokus.

Breitenwang – Klare Worte fand der Klubobmann der Liste Fritz, LA Markus Sint, kürzlich bei seinem Besuch im Bezirk Reutte. „Der vom Land Tirol geplante Scheiteltunnel ist ein Millionenprojekt, das keine Probleme löst. Dass sich die Regierungsparteien gleich dreimal gegen eine Volksbefragung ausgesprochen haben, zeigt, was sie selbst von dem Projekt halten.“

Sint verstehe nicht, wieso man den Bezirk Reutte als einzigen bemaute. „In Wiesing wird eine große neue Autobahnanschlussstelle gebaut. Aber da hört man nichts von einer Maut, wahrscheinlich weil es ins Zillertal geht“, schüttelt Sint den Kopf. „Das ist zutiefst unfair und ungerecht.“

Bei Bezirkssprecher Josef Lutz stoßen auch die Werbemaßnahmen auf Kritik: „Wenn das eh so eine super Idee ist, wofür braucht es dann die ganze Werbung?“, fragt er sich.

3,3 Millionen Steuergeld

Die Liste Fritz habe kein Patentrezept, wie das Verkehrsproblem am Fernpass gelöst werden kann, „aber es gibt Stellschrauben, an denen man drehen kann“, so Sint. Zum einen müsse mehr dosiert und kontrolliert werden, der Ziel- und Quellverkehr gehöre eingeschränkt und der öffentliche Verkehr als Alternative besser ausgebaut.

WEITER NACH DER ANZEIGE



„Diese Geheimhaltungspolitik ist nicht akzeptabel. Das Land Tirol bzw. der VVT bezahlen pro Jahr 3,3 Millionen Euro an Steuergeld für die Außerfernbahn.“

Markus Sint, Klubobmann Liste Fritz

Sint spricht damit vor allem auf die Außerfernbahn an. Diese ist in den letzten Jahren vermehrt ausgefallen. Wie oft genau, sei nur schwer herauszufinden gewesen. Trotz Landtagsanfrage habe Landesrat René Zumtobel die Aussage mit der Begründung, dass das operatives Geschäft der DB Regio sei, verweigert. „Diese Geheimhaltungspolitik ist nicht akzeptabel. Das Land Tirol bzw. der VVT bezahlen pro Jahr 3,3 Millionen Euro an Steuergeld für die Außerfernbahn – 2,5 Millionen an die DB Regio und 800.000 Euro an die ÖBB Infrastruktur.“

70.000 Kilometer nicht bedient

Erst auf ein Begehren nach dem Tiroler Auskunftspflichtgesetz habe Zumtobel Stellung genommen. Sint: „Von Jänner bis September hat die DB Regio auf dem Streckenabschnitt der Außerfernbahn 70.000 Kilometer Fahrleistung nicht bedient. Das entspricht 20 Prozent. 50 Prozent seien Personalausfällen geschuldet, die anderen 50 Prozent Fahrzeugausfällen.“

Strafzahlungen gebe es trotz der Ausfälle nicht. Diese seien im Vertrag nicht zu finden. „Hier muss sich im neuen Vertrag, der ab Dezember 2027 läuft, maßgeblich etwas ändern. Wenn die DB Regio wegen Personalmangel oder ähnlichem die Strecke nicht bedient, müssen Strafen her“, fordert Sint und fügt hinzu: „Wenn sie sich den Betrieb vom Land Tirol zahlen lassen, kann es nicht sein, dass ständig Züge ausfallen. Und da ist es mir egal, ob es die 17. Nebenstrecke der Deutschen Bahn ist.“

Park & Ride-Flächen fallen weg

Damit geht auch Josef Lutz, Liste-Fritz-Bezirkssprecher, d'accord. Ihn beschäftigt noch ein anderes Problem. „Wenn ich heute von Schattwald oder Steeg mit den Öffis nach Innsbruck will, gleicht das einer Weltreise. Ab Reutte geht es, aber wo lasse ich dann mein Auto stehen. Wenn jetzt auch noch der Parkplatz beim Schulzentrum verkleinert und in die Kurzparkverordnung hineingenommen wird, fallen Park & Ride-Parkplätze weg.“

Benefiz-Suppenessen für Frauen in Kolumbien

Frauen im Globalen Süden im Kampf gegen Umweltzerstörung unterstützen – dabei helfen heuer die Spenden des traditionellen Benefiz-Suppenessens der Katholischen Frauenbewegung. Die kfb-Frauen der Erzdiözese Salzburg luden am 3. April 2025 erneut zu einem Fastensuppen-Essen im Wörgler CityCenter, diesmal mit Weihbischof Hansjörg Hofer.

Die kfb-Salzburg-Vorsitzende Michaela Luckmann und die kfb-Regionalreferentin für Tirol und den Oberpinzgau Tania Zawadil freuten sich über die zahlreichen hungrigen Mittagsgäste. Unter diesen Wörgls Pfarrprovisor Christian Hauser, Vertreter der Regionalpolitik wie die Landtagsabgeordneten Gabi Madersbacher, Barbara Schwaighofer und Christian Kovacevic, Wörgls Bürgermeister Michael Riedhart und seine beiden Stellvertreter Kayahan Kaya und Roland Ponholzer sowie Frauen aus Südamerika, die hier leben und arbeiten. Auf den Sitzbänken nahmen auch Mitglieder von Traditionsvereinen wie Kameradschaftsbund und Kaiserjäger sowie vom Roten Kreuz Platz.

Die köstliche Gemüsesuppe wurde auch in diesem Jahr von der Küche des Seniorenheimes Wörgl zubereitet, das Brot von der Bäckerei Mitterer gespendet. Weihbischof Hansjörg Hofer dankte den kfb-Frauen für ihr Engagement in den Pfarren, wo vielfach ebenso im Rahmen der Aktion Familienfasttag Benefiz-Suppenessen organisiert werden. Sylvia Gasteiger und Frieda Friedl vom Bruckhäusler Pfarrcafé-Team überreichten auch heuer wieder Spendengeld aus dem Erlös des Bruckhäusler Fastensuppenessens am 16. März 2025.

Tania Zawadil, kfb-Regionalreferentin der Erzdiözese Salzburg für Tirol und Oberpinzgau, organisierte das Suppenessen für die kfb in Wörgl: „Das Thema der Aktion Familienfasttag Klimagerechtigkeit geht uns alle an“, betonte sie. Die Klimakrise bringe Ungleichheiten insbesondere für Frauen mit sich. Gefördert werden heuer neben Frauenprojekten weltweit speziell Projekte in Kolumbien. „Wir wollen beim Benefizsuppenessen auch den Scheinwerfer auf das heurige Schwerpunktprojekt SERCOLDES und die Frauen in Kolumbien lenken. Unter schwierigsten Bedingungen setzen sie sich für den Schutz des Regenwaldes ein. Seine Zerstörung würde das Klima nachhaltig beeinflussen.“ Zawadil zeigte sich dankbar für die Umsetzung mit unterschiedlichen Playern. Sie begrüßte auch zahlreiche kfb-Gruppen, etwa aus Wörgl, Ebbs, der Wildschönau oder Westendorf.

Während die weiblichen „Robin Woods der Regenwälder“ gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes in Südamerika kämpfen, kommen andere nach Europa, um hier den „Personalnotstand“ in der Pflege zu lindern. So wie Susanna und Maria aus Kolumbien, die beide seit vier Monaten in Tirol sind und als Krankenschwestern im Kufsteiner Pflegeheim arbeiten und sich hier sehr wohl fühlen. Beide kommen aus kleinen Dörfern und sind von Tirol begeistert, wobei sie als größte Überraschung das Wetter erlebten – im immergrünen, warmen Kolumbien sind Eis und Schnee und Jahreszeiten unbekannt. Und was sie vor allem schätzen: Die Sicherheit und die Möglichkeit, ihre Familien daheim unterstützen zu können. Ein Leben ohne Gewalt und ständige Angst, das sieht auch die aus Peru stammende kfb-Regionalreferentin Mónica Ladinig, die in Salzburg lebt, als Motivation für die Frauen, die Trennung von ihren Familien für den Auslandsjob in Kauf zu nehmen. Sie weiß aber: „Die Familie ist wichtig für die Seele!“ Gemeinsame Freizeitaktivitäten wie Kochen helfen emotional beim Einleben im neuen Land.

TERMINE



Bejubelte Premiere bei der Gaststubenbühne Wörgl
April 8, 2025



Wörgler Seniorentag am 11. April 2025
April 1, 2025



Kulturstammtisch tagt am 7.4.2025
April 1, 2025



Benefiz-Fastensuppenessen in Wörgl
März 31, 2025



Museums-Hoagascht: „Innfähre – die Überführer“
März 31, 2025

ARCHIV

April 2025

März 2025

Februar 2025

Januar 2025

Dezember 2024

November 2024

Oktober 2024

September 2024